

## 01) Die EU sucht nicht nach Gemeinsamkeiten mit Polen – sie sucht den Krieg

Von Aleksandra Rybińska

21. 10. 2021



Mateusz Morawiecki · Foto: Kancelaria Premiera/ flickr.com/ Gemeinfrei

**Die feindselige Reaktion auf die Rede des polnischen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki im Europäischen Parlament zeigt, dass die EU nicht nachgeben wird und weiterhin versuchen wird, die Kompetenzen ihrer Institutionen zu erweitern.**

Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki hielt eine Rede im Europäischen Parlament, um die Position der polnischen Regierung und die Art des jüngsten Urteils des Verfassungsgerichts zu erläutern. Seine Stimme war deutlich zu hören, aber wird sie die Meinung der Europäischen Kommission und anderer Abgeordneter ändern? Angesichts der Rede, die die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen später hielt, und der anschließenden Debatte lautet die Antwort: nein.

Brüssel führt den Konflikt mit Polen nicht aus Sorge um die Rechtsstaatlichkeit oder um die Vereinbarkeit des Ernennungsverfahrens für polnische Richter mit dem EU-Recht. In Wirklichkeit geht es bei diesem Kampf um etwas ganz anderes. Die EU-Institutionen versuchen, ihre Zuständigkeiten (durch die Urteile des Europäischen Gerichtshofs) über das hinaus auszuweiten, was ihnen durch die EU-Verträge übertragen wurde. Gleichzeitig konkurrieren sie miteinander, um herauszufinden, welche Institution am meisten Einfluss hat. Dieser Kampf findet unter dem Deckmantel eines großen Narrativs über universelle Werte statt – ein Narrativ, die völlig falsch und gefälscht ist.

Hinzu kommt, dass die EU eine Art Abwehrreaktion zeigt. Die europäische Integration, die weitere Vereinheitlichung, selbst in ihrer ungeschicktesten Form, ist eine Garantie für die Existenz der EU-Institutionen und ihre Reproduktion. Überall in Europa sind politische Kräfte entstanden, die diesen Vereinheitlichungsprozess ablehnen.

Diese Kräfte stellen eine Bedrohung für die Interessen des Brüsseler Konglomerats dar. Ihr Ehrgeiz, über alles zu entscheiden, hat ein solches Ausmaß erreicht, dass die Abgeordneten des Europäischen Parlaments kürzlich über die Abtreibungsgesetze in Texas debattierten. Die Zuständigkeiten der EU kennen also keine Grenzen. Sie erstrecken sich nicht nur auf Europa, sondern sogar auf die Vereinigten Staaten.

Es geht darum, eine unbequeme Regierung in Warschau abzusetzen. Europa soll offen liberal, tolerant und einheitlich sein. Wer damit nicht einverstanden ist, hat keinen Platz in der EU.

Die europäischen Eliten erklären offen, dass die „Populisten“ in der EU beseitigt und die Regierungen in Ungarn und Polen ausgewechselt werden müssen. Sie werden die Hand, die gegen Brüssel erhoben wird, abschneiden. Das wurde auch in der Debatte nach der Rede von Ministerpräsident Morawiecki deutlich: Polen ist cool, aber die polnische Regierung ist „eklig“. Die Polen haben schlecht gewählt, und das kann man ihnen verzeihen, aber zum Glück gibt es die Europäische Kommission und das Europäische Parlament, die diesen Fehler korrigieren.

Das ist nichts Neues und war der Fall, seit die polnische Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) die Macht übernommen hat. Was sich jedoch geändert hat, ist, dass Brüssel endlich ein wirksames Instrument gefunden hat: den Rechtsstaatlichkeitsmechanismus.

Frühere Versuche, Polen zu bestrafen, wie z. B. Artikel 7, haben nicht funktioniert, so dass es aus Sicht der EU eine Sünde wäre, ihr neues Instrument nicht zu nutzen. Andernfalls riskiert die EU, ihr Gesicht zu verlieren. Man kann nicht weiter über die Verletzung der Rechtsstaatlichkeit schreien, die polnische Opposition unterstützen und sich dann plötzlich zurückziehen.

So ist die Rede von der Leyens zu verstehen.

Der Rest, wie die Debatte der Europaabgeordneten, ist nur noch das oft wiederholte rituelle Geplänkel. Sie sprachen von Pölexit, „pathologischer Demokratie“, einem Abdriften nach Russland und der Infragestellung der Grundlagen der EU. Nichts davon ist wahr (oder wenn, dann eher in Berlin als in Warschau), aber das ist egal, denn um die Wahrheit geht es hier nicht. Es geht darum, eine unbequeme Regierung in Warschau abzusetzen.

Europa soll offen liberal, tolerant und einheitlich sein. Wer mit dieser Auffassung nicht einverstanden ist, hat in der EU nichts zu suchen.

Da Polen das konservativste Land in der EU ist, liegt es auf der Hand, dass es auf Kollisionskurs mit der zunehmend progressiven Agenda der EU-Institutionen gehen wird.

Daher sollte die Aussetzung von Mitteln aus dem Europäischen Konjunkturprogramm und sogar aus dem mehrjährigen Finanzrahmen für 2021–2027 in Betracht gezogen werden.

Sollte diese Aussetzung erfolgen, wäre dies ein zweiseitiges Schwert. Eine solche Entscheidung könnte zu einem Element der Geschichte werden, in der die EU durch

undemokratisch gewählte Institutionen die Mitgliedsstaaten demütigt und dominiert. Es wird auch ein gewisser Präzedenzfall geschaffen werden. Wenn Polen auf diese Weise behandelt werden kann, dann kann das auch jedes andere Land.

Indem Polen die EU-Gelder gestrichen werden, wird Brüssel das einzige Druckmittel einsetzen, das es hat. Sozusagen die „nukleare“ Option. Und wenn das nicht funktioniert? Was könnte Brüssel dann noch mit Polen anstellen?

Ich bin sehr gespannt, wie es nach der Rede von Premierminister Morawiecki weitergehen wird, denn diese Geschichte wird sich auf dem bevorstehenden EU-Gipfel wahrscheinlich weiterentwickeln.

Quelle: [WPolityce.pl](http://WPolityce.pl) / [RMX.news](http://RMX.news)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

## 02) Hälfte der EU-Länder fordert eine neue Migrationspolitik

20. 10. 2021



Illegale Einwanderer im Hafen von Pozallo in der Nähe von Ragusa, Sizilien, am 21. Mai 2021. Ein Schiff der deutschen Organisation Sea Eye, die sich auf den Transport von Migranten spezialisiert hat, ist mit mehr als 400 illegalen Einwanderern in den Hafen von Süditalien eingelaufen. - Foto: MTI / ANSA / Francesco Ruta.

Nicht nur Budapest und Warschau, sondern nicht nur Mittel- und Osteuropa, sondern auch Athen und Kopenhagen und insgesamt fast die Hälfte der EU-Mitgliedstaaten fordern nun, dass die Europäische Kommission ihren „Idealismus“ in Bezug auf Einwanderung aufgibt, warnte Jean-Thomas Lesueur, Direktor des Thomas-More-Instituts, in einer Erklärung gegenüber *Le Figaro* und erklärte, dass diese Mitgliedstaaten die Gefahr einer Destabilisierung erkannt hätten.

Die Innenminister von zwölf Mitgliedstaaten (Bulgarien, Dänemark, Estland, Griechenland, Lettland, Litauen, Österreich, Polen, Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern) haben laut einem Interview mit Lesueur am 7. Oktober einen Brief an EU-Kommissar Margaritis Skinas geschickt, in dem sie ihre Unzufriedenheit mit der gemeinsamen Migrationspolitik zum Ausdruck brachten.

Das Schreiben war an Margaritis Skinas, Kommissar für die Förderung der europäischen Lebensart, und Ylva Johansson, Kommissarin für Inneres, gerichtet. Trotz des höflichen und konstruktiven Tons des Schreibens unterstreicht Lesueur, dass dieser Brief eine Warnung vor der europäischen Migrationspolitik und ein Aufruf zum Handeln an die Kommission darstellte.

Die Unterzeichner des Vorschlags zur Erörterung und Änderung der von der Kommission im Juni vorgelegten „Strategie für einen stärkeren und widerstandsfähigeren Schengen-Raum“ sind nicht zimperlich:

Sie sagen, dass der 2006 angenommene und 2016 überarbeitete Schengener Grenzkodex „das illegale Überschreiten der Außengrenzen nicht angemessen behandelt“, „keine klaren Regeln bietet“ und keine Instrumente für den Fall „ernsthafter Bedrohungen“ vorschlägt.

Diesem Konzept zufolge könne Europa nur im Falle der oben erwähnten ernsthaften Bedrohung substanzielle Maßnahmen ergreifen.

Lesueur weist darauf hin, dass sich neben Polen und Ungarn in letzter Zeit zehn weitere Mitgliedstaaten kritisch zum Thema Migration und europäische Rechtsordnung geäußert haben. Dies ist ein Zeichen dafür, dass sich diese Länder der Gefahr einer Destabilisierung politisch bewusst sind.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

**03) MEP Sophie in 't Veld hat sich Zehntausende von Euro an Lebenshaltungskosten in Brüssel bezahlen lassen, obwohl sie schon seit Jahren dort lebt!**

Von Sara Bertoncelj (Nova24tv)

18. 10. 2021



Sophie in 't Veld · Bildquelle: Demokracija

Kürzlich wurden die Politiker Dion Graus (PVV) und Theo Hiddema (FVD) wegen des Umgangs mit Abgeordnetendiäten in Misskredit gebracht. Angesichts der bevorstehenden Europawahlen werden nun auch Fragen zu den „Tagegeldern“ aufgeworfen, die die D66-Parteivorsitzende Sophie in 't Veld erhalten hat – in diesem Fall für Hotelaufenthalte – und die sich im Laufe der Jahre auf Hunderttausende von Euro belaufen könnten, berichten niederländische Medien. Ton F. van Dijk stellte Nachforschungen an und fand unter anderem heraus, dass sie die einzige in der D66-Partei ist, die keine Einkommenssteuer in den Niederlanden zahlt. Das Mitglied des Europäischen Parlaments hält sich derzeit in Slowenien auf, um die Themen Rechtsstaatlichkeit, Medienfreiheit und Korruption zu untersuchen. Es scheint, dass es Zeit für ihre Erklärungen ist, die wir auf der Pressekonferenz verlangen werden.

Die Vorsitzende der Europäischen Partei, Sophie in 't Veld (D66), erhielt allein 2018 eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 27 840 EUR, einschließlich Hotelkosten in Brüssel, die speziell für den Aufenthalt in Brüssel während der Sitzungen bestimmt sind. In 't Veld lebt seit 2005 dauerhaft in der belgischen Hauptstadt. Daher muss sie im Prinzip nicht die hohen Kosten für den Aufenthalt an ihrem eigenen Wohnsitz tragen. Warum hat sie dann eine Rückerstattung erhalten?

Wie alle anderen Abgeordneten des Europäischen Parlaments erhält die Vorsitzende der Partei D66 eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 320 € netto pro offiziellem Arbeitstag in Brüssel oder Straßburg, zwei wichtigen Tagungsorten in Europa. Das Europäische Parlament sagt über die Aufwandsentschädigung: „Das Parlament zahlt eine

Pauschalentschädigung in Höhe von 320 € für die Unterbringung und die damit verbundenen Kosten für jeden Tag, an dem sich die Abgeordneten aus dienstlichen Gründen in Brüssel oder Straßburg aufhalten, sofern sie sich anmelden und dies durch eine Anwesenheitsbescheinigung nachweisen.“ Es wird präzisiert, dass die Zulage zur Deckung von Hotel-, Verpflegungs- und ähnlichen Kosten bestimmt ist.



*Foto: Twitter/Demokracija*

Sophie in 't Veld erhält demnach 320 Euro, wenn sie zum Beispiel an Sitzungen in Brüssel teilnimmt; in diesem Fall ist die Zulage unter anderem für teure Hotelaufenthalte bestimmt. Ein Hotel in der belgischen Hauptstadt kann schnell 300 € pro Nacht oder mehr kosten. Nach Angaben des Europäischen Parlaments zeigt das Register, dass mehr als 98 % der Abgeordneten das Parlament besuchen. Dazu sagt sie in einer schriftlichen Antwort auf Fragen von *HP/De Tijd*: „Was die von Ihnen errechnete Zahl der Sitzungstage angeht: 2018 zeigt mir 134 Tage, davon 47 in Straßburg.“ Das bedeutet, dass die Abgeordnete D66 im Jahr 2018 bei mindestens 87 Gelegenheiten als „anwesend“ bei einer Sitzung in Brüssel registriert war. Insgesamt beläuft sich die Erstattung der Unterbringungskosten an ihrem Wohnort allein im letzten Jahr auf 27.840 Euro.

Die drei D66-Europaabgeordneten Marietje Schaake, Gerben-Jan Gerbrandy und Matthijs van Miltenburg hingegen nutzen die Zulage für das, wofür sie gedacht ist, da sie in den Niederlanden wohnen und daher oft in der belgischen Hauptstadt übernachten. Insgesamt hat In 't Veld damit in den 15 Jahren ihrer Zugehörigkeit zum Europäischen Parlament einen Betrag für Unterbringungskosten in Brüssel erhalten, der sich auf mehr als 400 000 Euro netto belaufen dürfte. In 't Veld widerspricht allerdings der Schlussfolgerung, dass sie durch die großzügige Vergütung für Hotelaufenthalte, die nicht an ihrem Wohnort anfallen, „viel Geld verdient“ hat.

Die Vorsitzende der Partei D66 behauptete nämlich, dass ihr in Brüssel tatsächlich Unterkunftskosten entstanden seien: „Wie ich bereits erwähnt habe, lebe ich seit 1994 in Belgien. Das Tagegeld ist ein Pauschalbetrag und bedarf keiner Begründung (...) Natürlich habe ich Lebenshaltungskosten in Brüssel, die nicht von meiner offiziellen Postleitzahl abhängen (...) Daher ist Ihre Schlussfolgerung, dass ich „tonnenweise“ Geld gesammelt habe, das nicht für Ausgaben bestimmt war, falsch.“ Aus ihrer Antwort geht nicht klar hervor, um welche Unterbringungskosten in Brüssel es sich handelt und um welchen Betrag es sich handelt. Sie erklärte auch, dass sie die Aufwandsentschädigung für „Leben und Arbeiten an mehreren Orten“ verwendet. Aber ist das wirklich der Fall? Nach Angaben des Europäischen Parlaments erhält Sophie in 't Veld eine pauschale Aufwandsentschädigung in Höhe von 4513 Euro pro Monat sowie ein Tagegeld in Höhe von 320 Euro für allgemeine Kosten, die sich „aus ihrer parlamentarischen Tätigkeit ergeben“. Darüber hinaus erhält sie eine gesonderte Reisekostenvergütung für ihre Arbeitsbesuche.

Dies ist den anderen Parteien der D66-Gruppe in Europa ein Dorn im Auge, nicht zuletzt, weil In 't Veld neben der großzügigen Erstattung der „Hotelkosten in Brüssel“ keine Einkommenssteuer in den Niederlanden zahlt. Die D66-Europaabgeordnete muss sich nur mit der begrenzten Quellensteuer des Europäischen Parlaments auseinandersetzen, was wiederum nur daran liegt, dass sie in Brüssel wohnt. In 't Veld räumte in ihrer Antwort ein: „Ich habe seit 2005 ein Haus in Brüssel und unterliege daher den belgischen Steuerbehörden“. Infolgedessen zahlt sie etwa 25 % Einkommensteuer. Der Parteivorsitzende der D66 sagt: „Die belgischen Steuerbehörden hätten eine zusätzliche Abgabe erheben können, aber das haben sie bisher nicht getan.“



Auf Twitter kritisieren die Niederländer die Europaabgeordnete ebenfalls und bezeichnen sie als bloße Nutznießerin von Steuergeldern.

Da die prominente D66-Politikerin also dauerhaft in einem „Steuerparadies“ in Brüssel wohnt (seit fast 15 Jahren), hat sie keinen Beitrag zu den kollektiven Rückstellungen in den Niederlanden in Form einer Einkommensteuer geleistet. Es stellt sich daher die Frage, inwieweit sie als Abgeordnete des Europäischen Parlaments Verbindungen zu ihren Wählern hat, die in den Niederlanden leben und dort Steuern zahlen. Sophie in 't Veld selbst sagt dazu: „In den Niederlanden bin ich jede Woche auf Arbeitsbesuchen, Konferenzen, politischen Cafés, Debatten, Interviews, Treffen mit Experten, der Wirtschaft oder der Zivilgesellschaft, Parteiberatungen und Kampagnenaktivitäten anzutreffen (...) Diese Besuche sind eine der wichtigsten Möglichkeiten, um mit dem Geschehen in Kontakt zu bleiben.“ Die in Brüssel lebende D66-Politikerin sagt, dass sie mit den niederländischen Wählern hauptsächlich durch Arbeitsbesuche, Treffen mit Experten und Konsultationen mit den Parteien in Kontakt steht. Es ist nicht bekannt, was die D66-Partei mit diesen Informationen anfangen wird. Jedenfalls wurde In 't Veld von ihrer Partei vorerst nicht von der Liste gestrichen, schließlich ist sie als Parteivorsitzende das Gesicht der D66 bei den bevorstehenden Europawahlen.

## DEMOKRACIJA

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

### **04) Die EU an der Wende zu ihrem Ende – Teil 2**

Von Redaktion

20. 10. 2021



## Zwei Themen beherrschen derzeit die Mainstreammedien:

1. Die aktuelle „Energiekrise“ und
2. der aktuelle Chipmangel

Beide Krisen hat die EU selbst verschuldet und haben ihre tieferen Ursachen in einer seit etwa 30 Jahren fehlgeleiteten Industrie- und Energiepolitik. Es begann mit der absurden „Globalisierung“:

Durch den Fall der Zollschranken zahlte es sich für die großen Konzerne aus, ihre Standorte in Europa zu schließen und Produktionsstätten in Asien zu suchen. Es ging um das ewige alte Spiel der Globalisten, irgendwo in der weiten Welt billig einzukaufen und woanders teuer zu verkaufen. Es begann mit der Unterhaltungselektronik und kurz darauf mit den Mobiltelefonen und setzte sich bei allen möglichen anderen Produkten fort.

### Philips als Paradebeispiel für Europas Deindustrialisierung

Ein Beispiel für diese Entwicklung ist der Philips-Konzern, der vor 40 Jahren in Europa noch etwa 400 000 Mitarbeiter beschäftigte. Davon ist heute fast nichts mehr vorhanden. Philips war bei TV-Geräten, Aufzeichnungs- und Wiedergabegeräten für Video und Audio und bei Haushaltsgeräten in Europa die führende Marke. Philips produzierte eine Zeitlang sogar eigene Halbleiter und Mikroprozessoren und natürlich auch die eigenen Leiterplatten. Davon ist nichts mehr übrig. Dieser Konzern konnte jahrelang nur noch durch gesundschrumpfen überleben. Man kann die Geschichte dieses Konzerns als eine Art Präkursor für das kommende Schicksal der EU betrachten. Die Manager dieses Konzerns vertraten auch die gleichen unsinnigen Paradigmen wie die Politikker in der EU.

Mit der Unterhaltungselektronik und der Telefonie konzentrierte sich nun aber auch die gesamte Halbleiterindustrie in Asien, was sich jetzt als Flaschenhals für alle möglichen anderen Produkte, insbesondere für die Automobilbranche herausstellt. Wie vielfach berichtet, können die deutschen Autofirmen Millionen geordnete Fahrzeuge nicht bauen. Besonders blamabel ist, wenn unsere Politikdarsteller ständig von der „Digitalisierung“ schwadronieren, aber nicht wissen, woher die Chips dafür kommen sollen.

Eine neue Produktionsstätte für Chips ist aber unter 10 Milliarden Euro nicht zu haben. Obendrein benötigt man dafür auch Fachkräfte (nicht die aus Afghanistan), die man in Europa nicht ausreichend zur Verfügung hat. Hier wirkt sich also auch der jahrzehntelange Brain-Drain katastrophal aus. Man übertreibt folglich nicht, wenn man die gesamte EU auf einen „Entwicklungspfad“ hin zu einem Entwicklungsland oder besser -kontinent sieht.

Unseren Politikdarstellern auf nationaler, sowie auf EU Ebene ist diese ganze Problematik offenbar nicht bewusst. Wie ist es sonst zu erklären, dass der EU nichts Besseres einfällt, als die ganze Welt mit dem Klimaschwindel (siehe [www.klimaschwindel.net](http://www.klimaschwindel.net)) zu belästigen und statt Versäumtes schnellstens nachzuholen, die gesamte Produktion in Europa nach dem unsinnigen Paradigma der CO<sub>2</sub>-Freiheit jeder beliebigen Produktion auszurichten? Der Leser sei nochmals daran erinnert, das CO<sub>2</sub> ein lebensnotwendiges Gas genauso wie der Sauerstoff ist (siehe [unser-mitteuropa.com/co2-giftgas-oder-lebensspende](http://unser-mitteuropa.com/co2-giftgas-oder-lebensspende)). Irgendwie wird man bei dieser „Methode“ der „Industrieförderung“ an die vollkommen sinnlose Methode des Aderlasses in der Medizin vor hunderten von Jahren erinnert: Man versuchte den Körper zu heilen, indem man ihn noch mehr schwächt.

Vielleicht ist diese ganze CO<sub>2</sub>-Hype auch das instinktive Eingeständnis der eigenen Schwäche. Den Wettkampf auf wirtschaftlicher Ebene hat man mit Asien bereits verloren,

also versucht man sich scheinbar mithilfe des moralinsauren CO<sub>2</sub>-Gesunderes noch einmal in der Geschichte der Menschheit wichtig zu machen. Der CO<sub>2</sub>-Schwindel ist also eine neue Heilslehre, mit der sich die westlichen Eliten versuchen, über die ganze übrige Welt moralisch zu erhöhen, um so diese zu dominieren. Brüssel will das Rom der neuen Klimareligion werden. Man könnte diese Methode auch als eine Art Moral-Imperialismus betrachten. Dieser beschränkt sich ja nicht nur auf den Klima-Unsinn, sondern auch auf andere Ideologien wie beispielsweise den Genderwahn.

Im Untergangsmythos Europas wird es dereinst heißen, dass die EU zugrunde gegangen sei, weil sie versuchte den ganzen Planeten vor dem Untergang zu retten.

In China hat man Wichtigeres zu tun. Der chinesische Präsident wird an der nächsten Klimakonferenz nicht teilnehmen ([www.t-online.de/nachrichten/ausland/internationale-politik/id\\_90973328/klimakonferenz-in-glasgow-chinas-praesident-xi-jinping-nimmt-nicht-teil.html](http://www.t-online.de/nachrichten/ausland/internationale-politik/id_90973328/klimakonferenz-in-glasgow-chinas-praesident-xi-jinping-nimmt-nicht-teil.html)) . Die chinesischen Vertreter hatten bisher schon diese Konferenzen vielfach ignoriert.

China baut zwar neben Kohlekraftwerken und Atomkraftwerken auch Windkraft- und Photovoltaikanlagen, jedoch geht es dabei nicht darum CO<sub>2</sub> einzusparen, sondern begrenzte andere Ressourcen zu schonen. Das macht auch Sinn. Jedem vernünftigen Menschen ist klar, dass Windkraft- und Photovoltaikanlagen nur die Rolle einer „Hilfsenergie“ spielen kann. Die Wahnsinnsidee die gesamte Energieversorgung auf den Zappelstrom aus Windkraft- und Photovoltaikanlagen umzustellen bleibt uns Europäern unbenommen. Damit kommt man jetzt auch zur aktuellen Energie- und Gas-Krise.

Die gesamte Energiewende hat mit dem Einsatz von 400 Milliarden Euro in Deutschland in den letzten zwanzig Jahren nur erreicht, dass die Stromversorgung destabilisiert wurde. In den Mainstreammedien mehren sich Berichte, wonach mit längerfristigen Blackouts zu rechnen ist. Die Stromversorgung wird also teurer und unsicherer. Die Motivation für Unternehmen steigt also zumindest innerhalb von Europa in solche Länder zu migrieren, wo die Energieversorgung billiger und zuverlässiger wird. Statt das viele Geld in eine robuste Energieversorgung zu investieren, hat man dieses Geld dazu verwendet, um die Energieversorgung zu destabilisieren. Diesen Unsinn verdanken wir offensichtlich nur der Tatsache, dass „unsere Eliten“ vor allem in Westeuropa das Klimamärchen, zusammen mit anderen Torheiten wie des Genderwahns für ihre Selbstrechtfertigung dringend benötigen.

### **Diese Kaste ist offenbar reif für den Abtritt!**

Als Ursache für die aktuelle Energiekrise wird pikanter Weise trotz des dauernden Geschwafels von der „Globalen Erwärmung“ der kalte letzte Winter genannt. Für wie blöd hält man die Bürger eigentlich? Da bemühen sich die Meteorologen im Fernsehen redlich, jeden zweiten Monat als den wärmsten in der Geschichte der Menschheit darzustellen, aber plötzlich war der letzte Winter zu kalt, zumindest zu kalt was die Kapazitäten unserer Energieversorgung angeht?

In Wahrheit gibt es nur zwei Gründe für die aktuelle Energiekrise:

1. Es wurden 2020 und 2021 insgesamt 20 000 MW an Kraftwerksleistung in Deutschland stillgelegt. Diese Kraftwerke werden zum Teil in Zukunft mit Gas weiterbetrieben, was den Gasbedarf in die Höhe treibt und treiben wird.
2. Die Spekulanten wurden am Gasmarkt am falschen Fuß erwischt, was jetzt die Gaspreise zusätzlich in die Höhe treibt (siehe [unser-mittleuropa.com/gas-krise-oder-krise-der-energiewende/](http://unser-mittleuropa.com/gas-krise-oder-krise-der-energiewende/))

Zur Erinnerung: Durch die Gasmarktliberalisierung

([de.wikipedia.org/wiki/Gasmarktliberalisierung](https://de.wikipedia.org/wiki/Gasmarktliberalisierung)) wurden die einzelnen Komponenten der Gasversorgung (Erdgasgroßhändler, Erdgasspeicherbetreiber, Ferngasnetzbetreiber, Erdgasvertrieb ) getrennt. Lediglich bei den Netzbetreibern sind noch Monopole erlaubt. In allen anderen Bereichen können beliebig viele Firmen um Kunden rittern (insbesondere beim Vertrieb). Das System sollte die Gewinne der Erdgasmonopolisten schmälern. Allerdings ist in diesem System niemand mehr explizit für die Versorgungssicherheit zuständig. Man geht davon aus, dass die Versorgungssicherheit durch das Funktionieren des Marktes gewährleistet wird.

In diesem System wird also das Gas wie bisher von den Netzbetreibern bis zum Kunden gebracht, die „Versorger“ übernehmen jetzt so quasi die Verrechnung. Diese müssen jetzt das Gas auf einer Gas-Börse oder dem Gas-Spotmarkt einkaufen. Gewinne können sie nur machen, wenn sie „günstig“ einkaufen, also gut spekulieren. Dabei haben sie sich im laufenden Jahr allerdings mit ihren Dispositionen massiv verschätzt und müssen jetzt kurzfristig Gas zu überhöhten Preisen einkaufen. Da die Gasspeicher nur etwa zur Hälfte gefüllt sind, können jetzt die Gasspeicherbetreiber den Zockern die Daumenschrauben ansetzen. Wenn also die Gasspeicherbetreiber in Zukunft dafür sorgen, dass die Speicher nicht voll sind, werden sie die besten Geschäfte machen. Speziell in England hat dies dazu geführt, dass jetzt viele „Versorger“ pleite sind. Dieses Konzept hat voriges Jahr blendend funktioniert (da waren die Gaspreise am Tiefpunkt), heuer ging es jedoch in die Hose. Die Versorgungssicherheit wird also durch die Gasmarktliberalisierung zu Gunsten der Zockerei aufs Spiel gesetzt.

**Siehe Teil 1 am 16.09.2021**

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

**05) Das Planspiel zur Afrikanisierung Europas: vor 10 Jahren wurde Gaddafi getötet, seither 1 Million illegale Einwanderer**

20. 10. 2021

**Quando c'erano lui si stava meglio!**



Bildquelle: VoxNews

***Heute vor zehn Jahren haben die Franzosen Gaddafi beseitigt. Seitdem sind über 1 Million illegale Einwanderer wie ein Tsunami alleine über Italien hereingebrochen.***

Kriege dienen dazu, Bevölkerungen zu „bewegen“, wie es in Syrien und in Libyen der Fall war.

Nach dem Abkommen mit Gaddafi brachen die Anlandungen ein und gingen 2010 praktisch auf Null zurück. Diejenigen, die aus Gründen, die über wirtschaftliche Interessen hinausgehen und auf eine historische Rache hinauslaufen, die ethnische Entflechtung Europas im Sinn hatten und haben, konnten dies nicht hinnehmen. Gaddafi musste beseitigt werden. Damit der Immigrantverkehr wieder aufgenommen werden kann.

Außerdem wollte Sarkozy verhindern, dass die Bestechungsgelder, die der libysche Staatschef erhalten hatte, ans Licht kommen. Es reichte also nicht aus, ihn abzusetzen: Gaddafi musste sterben.

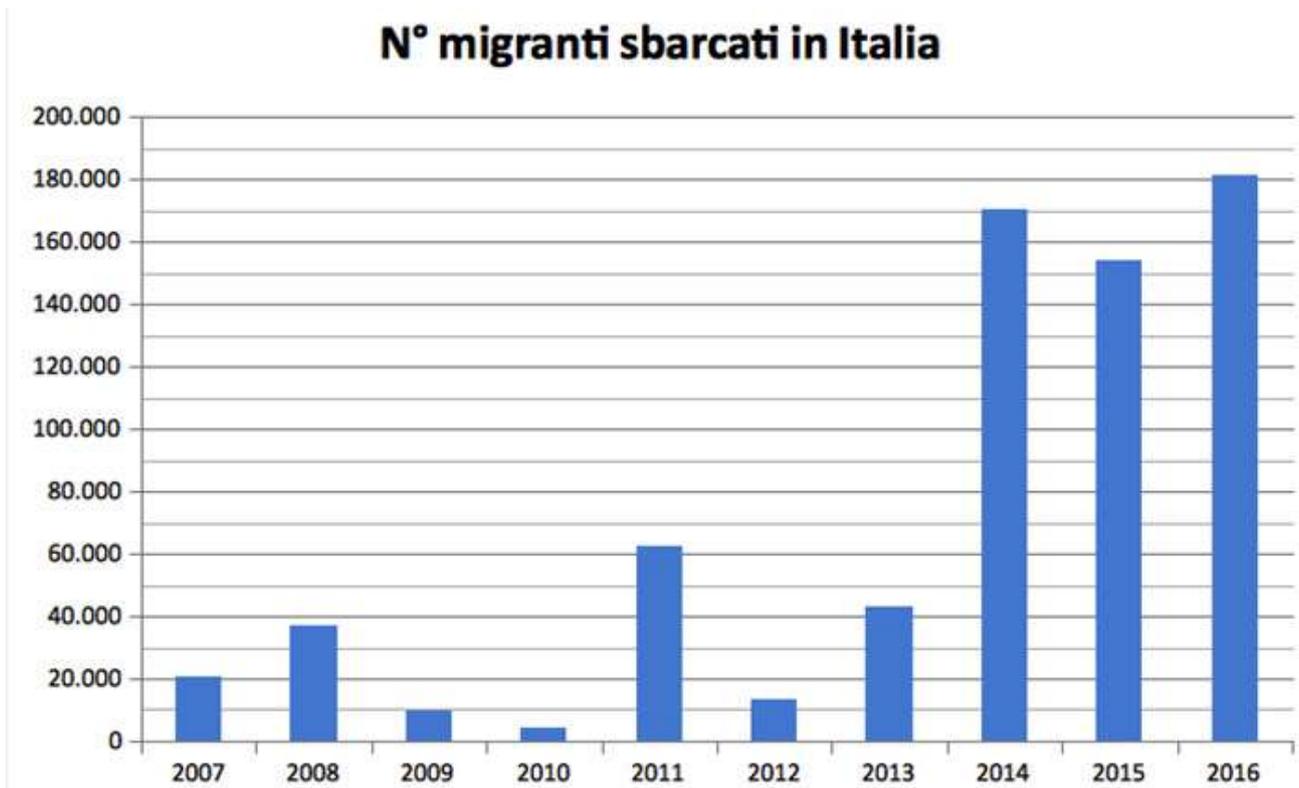
So haben sich Interessen verschiedener Art und Herkunft verflochten. Und sie haben sich beim Angriff auf Libyen zusammengeschlossen.

Und so brach 2011 die libysche Barriere auf und die Welle illegaler Einwanderer begann, die der Fake-News-Medienkomplex sofort als „Flüchtlinge“ zu definieren begann: obwohl kein einziger Libyer unter den „Flüchtlingen“ war, denn es waren alles Subsaharier, die aus dem Süden nach Libyen strömten, um das Machtvakuum auszunutzen. Auch hier gilt: Die Geschwindigkeit, mit der der Verkehr begann, lässt auf eine gezielte Organisation schließen.

Alles war bereit. Die libyschen Menschenhändler waren bereit, die illegalen Einwanderer zu transportieren. Die Afrikaner waren bereit, sie nach Libyen zu bringen. Die Journalisten waren bereit, die illegalen Einwanderer als „Flüchtlinge“ zu bezeichnen und den Sizilienkanal nach Libyen zu verlängern. Und die NGO-Schiffe waren bereit.

Es wäre interessant zu wissen, ob Sarkozy der einzige an der Vorbereitung des Libyen-Krieges beteiligte Politiker ist, der von Gaddafi bestochen wurde. In Italien hat Napolitano entschlossen gehandelt und einem durch seine „eleganten Abendessen“ geschwächten Berlusconi aufgezwungen, die letzte gewählte Regierung zu stürzen.

Wir werden wahrscheinlich nie die ganze Wahrheit erfahren. Aber das Ergebnis ist für alle klar erkennbar:



Quelle: [VoxNews](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

**06) Mateusz Morawiecki: „EU ist bald kein Bund freier, gleicher und souveräner Staaten mehr“**

19. 10. 2021



Mateusz\_Morawiecki · Foto: Kancelaria Premiera

Polens Ministerpräsident warnt in einem Brief an die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten, dass die EU bald ein „zentral geregelter Organismus“ sein wird, der ohne die demokratische Kontrolle der Bürger geführt wird.

Die EU könne bald kein Bund freier Staaten mehr sein, denn es gebe eine ungewöhnlich gefährliche Entwicklung, die die Zukunft der EU bedrohe, hieß es in dem am Montag von der Regierung veröffentlichten [Schreiben](#).

Wenn man diese Entwicklung nicht stoppe, könne sie heute ein Land betreffen und morgen weitere Länder.

In seinem Brief schrieb Morawiecki weiter, Polen halte sich vollkommen an das europäische Recht, und die Urteile des EuGH würden wie in jedem anderen Mitgliedsland eingehalten. Allerdings habe Polen das Recht zu fordern, dass EU-Institutionen dort tätig würden, wo dies ihre Kompetenz sei – und nicht in anderen Bereichen.

Polens Regierungschef wird heute an einer Debatte im Europaparlament in Straßburg umstrittene Entscheidungen zu Justiz- und Rechtsfragen verteidigen. Dabei geht es auch um das jüngste Urteil des polnischen Verfassungsgerichts, das den Vorrang des europäischen Rechts vor polnischem Recht in Frage stellt.

Quelle: [Gov.pl](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## **07) Dr. Norbert van Handel: Wenig Licht am Horizont**

18. 10. 2021



Dr. Norbert van Handel

**Ein Beitrag von Dr. Norbert van Handel (Steinerkirchen/Traun) \*)**

### **1. Österreich**

**Die Regierungskrise in Österreich ist innerhalb weniger als einer Woche gelöst worden.**

Es war dies auch notwendig, denn sonst wäre die schwarz-grüne Koalition gescheitert.

Ein eher diffuses Zwischenkabinett aus drei bis vier Parteien hätte den Staat eher destabilisiert.

Das Sittenbild, das die Truppe um **Sebastian Kurz** abgegeben hat, ist in jeder Weise unappetitlich. **Es zeigt vor allem auch, wie die sittliche Verwahrlosung, durch mangelnde Erziehungskapazität von Eltern und Schulen aber auch den Medien, zugenommen hat.**

Man darf allerdings vermuten, dass, wenn alle privaten Nachrichten der linken Jagdgesellschaft, die jetzt erfolgreich war, öffentlich werden würden, **es mit aller Wahrscheinlichkeit nicht besser aussehen würde.**

Der rasche Wechsel von **Sebastian Kurz** vom Kanzleramt als Clubobmann ins Parlament war geschickt, **wird aber mittel- und langfristig seine politische Karriere kaum retten können**, denn Strafverfolgungsbehörden arbeiten vor allem dann lange, wenn überall und jederzeit Rechtsmittel eingesetzt werden. Bis man zu einer Letztentscheidung eines Obersten Gerichtes kommt, dauert es Jahre. Der Prozess gegen **Karl-Heinz Grasser** ist bis jetzt noch nicht abgeschlossen! **Aus unserer Sicht war der wirkliche Sündenfall von Kurz die Auflösung der Koalition mit den Freiheitlichen.** Ohne jede Not wurden **Norbert Hofer** und **Herbert Kickl** mit ihrem Team in die Wüste geschickt, denn Ibiza war in Wirklichkeit nur ein Geschwätz unter Alkoholeinfluss.

Auch damals schon hat die öffentliche Meinung, aufgehetzt von vor allem auch deutschen Medien (Süddeutsche und Spiegel), die heimische Politlandschaft derart verunsichert, dass **Kurz** meinte die FPÖ eliminieren zu müssen. **Schwer vorstellbar wäre es gewesen, dass damals zum Beispielspiel HC Strache als Vizekanzler wieder als Clubobmann in das Parlament zurückgekehrt wäre, so wie Kurz es jetzt gemacht hat.**

Ein medialer Aufschrei wäre die Folge gewesen und pharisäerhaft hätten alle die korruptionelle Verfasstheit der Republik bejammert.

Nun, es ist so, wie es ist.

Die ÖVP ist zwar noch nicht auf der politischen Intensivstation, jedoch ist sie dann auf dem besten Weg dorthin, **wenn es nicht rasch gelingt politische und personelle Alternativen aus dem Hut zu zaubern.**

Sie zeigen sich bis jetzt nicht. Das Konglomerat des Föderalismus zwischen Bund und Ländern, vor allem auch die Entbürokratisierung der Verwaltung, wird nun einer konsequenten Reformierung bedürfen.

Ob der gräfliche neue Kanzler, **Alexander Schallenberg**, ein erfahrener Diplomat aber ein unerfahrener Politiker, in der Lage sein wird den Eisberg, auf den das türkisch-schwarze Schiff zusteuert, zu umschiffen, wird die Zukunft zeigen.

## 2. Deutschland

Aus der Sicht eines freundlichen Nachbarn muss man Herrn **Laschet** bedauern. Sich als Verwalter der Aktiva der Ära **Merkel** zu gerieren, war falsch. **Die Aktiva stellten sich nämlich als veritable Konkursmasse heraus.** Die fatale Energiewende, die katastrophale Immigrationspolitik und der konsequente Linksrutsch, den Frau **Merkel** moderierte, hat für Herrn **Laschet** eine Union übriggelassen, die wenig Möglichkeiten bot.

**Dies unabhängig von dem eigenartigen Wahlkampf, der noch dazu von einem stets intrigierenden Markus Söder begleitet war.**

Es ist zu wünschen, dass die einst stolze Union sich in einer Restrukturierungsphase einigermaßen erholt, denn sonst wären Spaltungen und vor allem veritable Verluste bei den nächsten Wahlen kaum zu vermeiden.

Wer dort wirklich das Ruder übernehmen soll, entzieht sich unserer Kenntnis, außer dass wahrscheinlich **doch die „weißen alten Männer“ (Friedrich Merz?), auch**

**mangels zwingender junger Talente, die Sache einigermaßen richten müssen.**  
Wenn es nun zur Ampel kommt, ist zu befürchten, dass diese eher schnell von rot auf grün und von grün auf rot schalten wird und das gelbe Flackern dazwischen hoffentlich nicht zu schwach ist. **Herr Lindner ist nicht zu beneiden.**

### 3. Europa

Wenn man nicht erkennt und konsequent dagegen auftritt, wird die **Denaturierung der kulturellen Identität des Kontinents sukzessive und mit steigenden Gewalttaten islamitischer Terroristen schneller, als man meint, an Fahrt gewinnen.**

Europa selbst, seine Gutmenschen aber auch die Kirchen tun alles dazu, dass es so kommen könnte.

Auch die großen Parteien in Europa erodieren. **Es wird daher höchste Zeit sein, dass die patriotischen, heimatverbundenen Parteien sich zusammenschließen um endlich mehr Subsidiarität ins europäische Gefüge zu bringen.**

Konfliktstoffe gibt es genug: z.B. die Frage, inwieweit Europarecht nationalen Verfassungsrecht vorgeht?

Die Meinungen, auch vom Deutschen Bundesgerichtshof, sind diesbezüglich geteilt. Zu wünschen wäre, dass nur in ganz wenigen Fällen Europarecht vorgeht, etwa dann, wenn es um den Frieden oder die vier großen Freiheiten (Personen, Waren, Dienstleistungen und Geld) geht.

Es ist anzunehmen, dass sich die Kommission und ihre Institutionen dagegen heftig sträuben werden.

**Hier hart zu sein wird wiederum die Aufgabe mittel-osteuropäischer Länder sein, die, wenn sie weiter auf allen Ebenen kritisiert, angegriffen und blockiert werden, diese EU langfristig verlassen werden.**

**Unser Vorschlag einer Ost- und einer West EU, der heute unrealistisch klingt, könnte durchaus Realität werden.**

Der Rückgang des Einflusses Deutschlands ist vorgegeben. Etwa in der Energiepolitik, wenn Frankreich und auch Großbritannien wieder auf Atomkraft setzen und in Deutschland nicht einmal die Leitungen die Windenergie von Nord nach Süd bringen sollen, gesichert sind.

**Schließlich wird auch die europäische Vorliebe, mehr oder minder singulär mit den USA zu dealen und Russland und China links liegen zu lassen, zu größten Problemen führen.**

**Statt die Nato zu verlassen, soll nach dem Afghanistan Debakel ein neuer Schulterchluss gefunden werden. Wie dumm!**

Nur weil man die eigene Verteidigungspolitik nicht orchestrieren oder überhaupt auf den Weg bringen kann, setzt man falsche und einseitige Weichen für die Zukunft.

**Diese liegt aber für Europa nicht nur im Westen, sondern vor allem auch im Osten. Russland und China lassen grüßen.**

Die Zahl der Probleme, die auf uns und den Kontinent zukommen, sind zahlreich, unübersehbar und kaum bewältigbar.

Ob und wie sie gelöst werden ist mehr als fraglich.

\*) Webseite des Gastautors: [norbert.vanhandel.at/](http://norbert.vanhandel.at/)

\* \* \*

## M7 – ein Mitteleuropa der Sieben

In der EU müssen endlich die kleinen christlichen Länder gegen den großen linksliberalen  
Mainstream auftreten.

**Deshalb ist M7 – Mitteleuropa der Sieben – eine Gruppe aus Visegrád-Staaten, Österreich, Kroatien und Slowenien in der EU so wichtig.**

Wir werden mit allen Mitteln daran arbeiten müssen, dass dies auch Wirklichkeit wird, sonst sind wir langfristig auf der Verliererstraße.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## 08) Die Europäische Volkspartei rollt unaufhaltsam bergab

Von Loretta Tóth

15. 10. 2021



Manfred Weber - Bildquelle: Magyar Nemzet

Wenn in Berlin in naher Zukunft eine sozialdemokratisch geführte Regierung gebildet wird, was zunehmend erwartet wird, wird Ljubljana (Laibach) die westlichste europäische Hauptstadt der Mitte-Rechts-Bewegung werden, was für die Parteienfamilie, die die EU-Politik jahrzehntelang dominiert hat, sehr unangenehm ist.

Die Zukunft der Europäischen Volkspartei (EVP) ist düster, so *Politico*, das den Linksruck der Parteifamilie, die sich selbst als politische Kraft der rechten Mitte definiert, normalerweise positiv bewertet. In einer gestern veröffentlichten Analyse wies das in Brüssel ansässige Nachrichtenportal darauf hin, dass die EVP-Abgeordneten, einst die stärkste politische Kraft in der Europäischen Union, innerhalb von nur 13 Tagen die letzten Tage im Amt ihrer erfahrensten Führerin, der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, und das plötzliche Ausscheiden des ehemaligen österreichischen Bundeskanzlers Sebastian Kurz, des hellsten neuen Sterns in ihrer Parteifamilie, erlebt haben.

## **Die christliche Demokratie ist kein Supermarkt**

Die Zeitung erinnert daran, dass das Parteienbündnis aus Christlich Demokratischer Union und Bayerischer Christlich Sozialer Union (CDU/CSU) bei der Bundestagswahl im September hinter den Sozialdemokraten zurücklag,

*sodass es fast unvermeidlich ist, dass die EVP bald die Kontrolle über die deutsche Regierung verlieren wird, die bisher ihre wichtigste Einflussquelle war.*

## **Slowenien bleibt die westlichste Bastion der EVP**

Es ist also vergeblich, dass die Parteienfamilie seit Jahrzehnten die EU-Politik dominiert, dass sie nach wie vor die größte Fraktion im Europäischen Parlament ist und dass Merksels Schülerin Ursula von der Leyen an der Spitze der Europäischen Kommission steht. Die EVP hat nur noch neun der 27 Staats- und Regierungschefs des Blocks in ihren Reihen, und

*wenn Berlin, wie zunehmend erwartet wird, in naher Zukunft eine sozialdemokratisch geführte Regierung bildet, wird Ljubljana die am konservativsten geführte europäische Hauptstadt werden*

- erinnerte das Nachrichtenportal und bezog sich dabei auf den slowenischen Premierminister Janez Janša, einen wichtigen Verbündeten Ungarns.

„Im Moment sind wir, wenn wir uns die Mitgliedsstaaten anschauen, nicht in genügend Regierungen vertreten“, beschwerte sich ein nordeuropäischer Abgeordneter gegenüber *Politico*.

## **Kurz' Starburst hat eine große Narbe in der Parteienfamilie hinterlassen**

Ein Politiker, der nicht namentlich genannt werden wollte, sagte, dass viele in der Parteifamilie Kurz als eine Linie ansähen, der man folgen könne:

„Seien Sie hart in Bezug auf die Migration und andere Themen, die den Wählern wichtig sind, aber zeigen Sie, dass er modern und fortschrittlich ist und es zum Beispiel mit dem Klimawandel ernst meint.“

*Kurz' Rücktritt ist also gelinde gesagt problematisch.*

- betonte der Abgeordnete.

Zu denjenigen, die Sebastian Kurz als Vorbild ansahen, gehörte Manfred Weber, der erfahrene EVP-Politiker, der am Mittwoch mit überwältigender Mehrheit – wenn auch nicht einstimmig – als Vorsitzender der Parteifamilie wiedergewählt wurde. Der Politiker, der auch das Amt des stellvertretenden CSU-Vorsitzenden bekleidet, kündigte außerdem an, dass er im kommenden April für den Vorsitz der Parteifamilie kandidieren werde, der durch den Rücktritt von Donald Tusk frei geworden ist.

## **Manfred Weber, ein Symbol für Probleme?**

Analysten zufolge ist die Wiederwahl Webers ein Zeichen dafür, dass das deutsche Parteienbündnis die führende Volkspartei in Europa bleiben will. Einige sind jedoch der

Meinung, dass der bayerische Politiker eher ein Symbol für Probleme als ein Schlüssel zur Wiederbelebung der Zukunft der Parteifamilie ist.

Indem er auf der Position des Fraktionsvorsitzenden besteht und sogar den Vorsitz beansprucht, erweckt er zunehmend den Eindruck, dass er seine eigenen Interessen in den Vordergrund stellt, um ein Blutbad zu verhindern.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## **09) Gewinner und Verlierer: Die Gefahren des Elitentausches**

Von Zoltán W.-Nemessuri

15. 10. 2021



*Bildquelle: Magyar Nemzet*

Der Mensch ist seit dem Anfang seiner Existenz ein Gemeinschaftswesen. Besonders seitdem er in der Lage ist, Stämme, Nationen und schließlich auch Staaten zu entwickeln, diese zu zerstören und danach – im besten Fall – neu zu organisieren. Die verschiedenen Vorstellungen, Glauben und Religionen hielten jahrtausendlang die Massen zusammen, von den Sprachen und Kulturen gar nicht zu sprechen. Sie befruchteten sich gegenseitig durch Wettbewerb, während sie nicht nur die Künste, sondern auch die gesellschaftlichen Veränderungen anregten. **Zum Schluss erreichten wir den kulturellen-ideologischen Imperialismus.** Wir kamen dahin, wohin zunächst die militärisch-wirtschaftliche Überlegenheit einiger Staaten und Regionen, später auch die Herrschaft von transnationalen Riesenunternehmen führte und bedrückend wurde.

**Seit der Schreckensherrschaft der sogenannten großen Französischen Revolution existieren Ersatzreligionen,** aber in unseren Tagen sind sie viel verwirrender als früher.

Im Mittelalter und in der Neuzeit hatten manche Familien die gesetzmäßige Ausplünderung in ihrer Hand: die Medici, die Fugger, die Welser, die Rothschild, die Rockefeller, die Vanderbilt, während

*die zu der Ausschachtung der Kolonien gegründeten britischen, holländischen, französischen, belgischen Privatgesellschaften ganze Erdteile ausgebeutet hatten.*

Letztlich gelangten wir zu den **gesichtslosen Großkonzernen**. Die Massendemokratie begünstigt sie, weil hauptsächlich diese auch **über die notwendigen Mittel zur Beeinflussung der Politik, des geistigen Lebens, und sogar der Mode verfügen**. Obwohl die soziale Marktwirtschaft, sowie die Wohlstandsgesellschaft eine mehr oder minder ausgeprägte rechtliche Gleichstellung herbeiführte und den sozialen Aufstieg der aus den Kleinbetrieben und den bezahlten Löhnen lebenden Personen begründete, die politischen Entscheidungen wurden von dem Großkapital allmählich enteignet. Heute zieht er mit Hilfe einer immer stärker werdenden und wirkungsvollen Manipulation Tag für Tag mehr und mehr davon an sich. Wie weit bleibt die frühere Übermacht der Kirche, deren Hauptaufgabe immer die Sorge um das Seelenheil der Menschen und um die Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Friedens war, davon entfernt? Doch zu der weltumfassenden Konzentration des Kapitals und zu der Einflussnahme auf die Politik ist heutzutage keine unverhohlene Gewalt mehr nötig. **Es genügt, sich auf die Angst, auf Neid, auf Rachsucht und auf die aufgepeitschten, gemeinen Emotionen zu stützen.**

Die Ergebnisse eines ausdauernden, leisen Aufbaus geraten schnell in Vergessenheit. Die Bühne wird durch die demagogischen Versprechungen, durch die Skandale der Politiker, der Spitzensportler, der Künstler, der Prominenz, durch die Popularität der gewöhnlichen Verbrecher und durch die „gutmenschlich“ getarnten Machtziele beherrscht. Letzteres ist ein Beispiel für den Anreiz der unkontrollierten Migration, für das Gegeneinanderstellen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen wegen ihrer geschlechtlichen Orientierung, aber auch für den Krieg um die Covid-Arzneimittel.

*In unseren Tagen lenken der globale Geldadel und ihre Vasallen den Westen – besonders die Vereinigten Staaten -, als ob er ihr eigenes Lehen wäre.*

Die gründliche Argumentation wird durch das **hemmungslose Verdrehen der Tatsachen**, durch die mit „kreativer“ Rechtsauslegung einhergehende **finanzielle Erpressung**, durch die ständige **Erwähnung eines bildhaften Demokratiebegriffes** ersetzt. Gegen die immer offensichtlichere Einmischung kämpfen die V4 und neulich auch Slowenien mit mehr oder minderem Erfolg, während die **westlichen „Mainstream“-Medien hauptsächlich an der Bedienung der Eliten, an der Nachrichtenverfälschung und an der Skandalinszenierung interessiert sind**. Diese **beeinflussen die öffentliche Meinung**, die linksliberale Presse hier bei uns zitiert dann mit Wollust ihre Verleumdungen. Zuletzt wurden die Aussagen von Papst Franziskus verzehrt, seine würdigen Worte und die Aussicht auf einen neuerlichen Besuch verschwiegen. Die nackte Tatsache seines Besuches konnte so klein gehalten werden, als ob der christliche Oberhaupt Ungarn gar nicht aufgesucht hätte.

*Mitteleuropa ist in der Lage, ihre Interessen, die ihre wirtschaftliche Bedeutung übersteigen, in der seit dieses Jahr dreißig Jahre dauernden Zusammenarbeit durchzusetzen,*

während sie jedoch eine charakteristische Sondermeinung vertritt. Der liegt eine **jahrhundertalte Vorgeschichte** beziehungsweise geschichtliche Erfahrung und die **Erkenntnis der Angewiesenheit aufeinander zu Grunde**. Eine Erfolgsgeschichte, auf die die ständige, angemessene Notwendigkeit ihren Schatten wirft. Die Absicht: **unsere**

**Länder in eine Zweitrangigkeit zu versenken, ist nicht neu**, aber der Widerstand dagegen auch nicht. Zwar **unterteilt die EU**, was die Integration betrifft, **die Länder in Musterschüler und Durchgefallene** – wie sie bereits vor anderthalb Jahrzehnten mit dem österreichischen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel getan hatte – vorerst noch erfolglos. Wir haben für unseren Erfolg keine Garantie, aber die Aussicht ist verheißungsvoll.

*Nach der Europäischen Kommission wächst die ungarische Wirtschaft dieses Jahr mit 7,5 Prozent, was das Wachstum der Union mit 4,5 Prozent weit übertrifft.*

Obwohl unsere Ausgangsleistung niedriger war, ist dieses Ergebnis trotz der Pandemie hervorragend. Auch die rekordmäßig niedrige Arbeitslosigkeit im Verhältnis zur EU weist auf ein bedeutendes Wachstum hin. Gleichzeitig konnten die transnationalen Großkonzerne in den Ländern der V4, besonders in Ungarn noch keinen Einfluss auf die Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik gewinnen und sie schon gar nicht lenken.

Eine andere Frage ist die Arbeit des Geflechts von Netzwerken: kurz gesagt, durch die **verlogenen Agenten der Zivilorganisationen**, durch die – um mit den Worten des kürzlich verstorbenen Udo Ulfkotte zu sprechen – „**gekauften Journalisten**“, durch **manche Universitätsprofessoren**, durch die ausgebooteten, aber sich nach der Macht zurücksehenden **Politiker** und durch die von der Mode und unterwürfigen Anpassung **beeinflussten Idioten**.

*Selbst die Existenz dieser Netzwerke wird durch die Linksliberalen trotz ihrer offensichtlichen Anwesenheit in Frage gestellt.*

**Sie protestieren** sich auf den Umweltschutz berufend **gegen die Erneuerung des** zugrunde gegangenen **Stadtparkes** (Városliget), **gegen die Renovierung der Burg in Buda**. Die **Angelegenheit der CEU**, die nicht in der Lage ist, den ungarischen Gesetzen zu entsprechen und das gar nicht beabsichtigt, wird von einer Mücke zum Elefanten aufgebauscht: die **lärmende Rebellion um die Universität für Theaterwissenschaften und Filmkunst** (Színház és Filmművészeti Egyetem), die scheinheiligen Proteste **gegen die Umwandlung des Hochschulwesens in Stiftungen** sind nur einige Beispiele von vielen. Der gegen die Modernisierung des Puskas-Stadions schrillend protestierende Stadtoberhaupt und der junge Vorsitzende der hiesigen Olympiabewerbung verhindernden kleinen Partei hatten keine Scham, bei einem internationalen Fußballspiel den Fotografen in die Kamera zu lächeln. Auch der Parteiführer, der in Luxuslimousine und mit persönlichen Leibwächtern herumkutschiert und sich mit der Verteilung von Kartoffeln und Aufschnitt als „Volksfreund“ brüstet, wird ebenfalls nicht aus den Mitgliedsbeiträgen der Partei bezahlt.

Es gibt den französischen Ausdruck, die „**Kaviarsozialisten**“. Aber das ist nicht nur für die erwähnte Partei bezeichnend. Es ist für jeden zutreffend, der sich ständig auf die Menschen beruft,

*während seine Zielsetzung und seine Lebensführung so weit von ihnen entfernt liegt, wie die Erde von dem trügerischen Mond am Tag.*

Die Komödie ist seicht und ständig kommt die Wahrheit zu Tage, aber sie bleibt nicht ohne Einfluss. Die Geschädigten, ein **bedeutender Teil der Wählerschaft, glauben nicht ihren Augen**, sondern lieber ihren immer neu entstehenden Illusionen.

Das ist es, womit wir uns **nicht abfinden dürfen**. Sonst würde sich Europa von vornherein unter die Verlierer einreihen. Respekt für die Ausnahmen, aber für die besonders Ausgelieferten und für die vom Wohlstand bequem gewordenen Personen ist der gesunde

Menschenverstand und die Folgerung aus den geschichtlichen Lehren keineswegs kennzeichnend. **Unser Erdteil wird nicht von Staatsmännern, sondern sich von Wahlzyklus zu Wahlzyklus durchringenden Politikern und von ihren Eintagsfliegen ähnelnden Koalitionen und noch mehr von den Riesen der Waffenindustrie und der Technologiekonzernen gelenkt.** Die Gewinner der weichen und der harten Kriege sind sie, und nicht die USA, die EU, Deutschland oder die anderen, als entwickelt angesehenen Staaten. Der Wohlstand kann den Alterungsprozess und die Ebbe bei den Geburtenraten nicht kompensieren. Auch den kulturellen Niedergang nicht. So bleibt das Losungswort der mehr als hundertjährigen Pfadfinderbewegung auch heute gültig: Sei auf der Hut!

*Der Autor, Zoltán W.-Nemessuri, ist Schriftsteller und Publizist.*

Übersetzung: Dr. Gábor Bayor

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*